

Junge politische Stimmen für die «Region zwischen Stuhl und Bank»

Dornach Zwölf Nachwuchs-Politiker gründen im Schwarzbubenland ein Jugendparlament

VON OLIVER STERCHI

Das Schwarzbubenland hat künftig ein eigenes Jugendparlament: Wie der 17-jährige Bättwiler CVP-Jungpolitiker Glenn Steiger bereits in seinem Interview mit der bz vor rund einem Monat ankündigte, gelang es ihm kürzlich, ein Dutzend Jugendliche aus allen Ecken Dorneck-Thiersteins zur Gründungsversammlung in Dornach zu motivieren. Hauptthemen des ersten Treffens waren bessere öV-Verbindungen und die Präsenz des Schwarzbubenlandes in den Medien.

Die direkte Demokratie ermögliche den Schweizer Stimmberechtigten eine

«Anfangs war ich schon etwas skeptisch, ob es klappt und ob überhaupt Leute kommen werden.»

Glenn Steiger Gründer des Jugendparlaments

weltweit einzigartige Partizipation an den politischen Prozessen. Dass diese Zukunft die jüngeren Generationen etwas angehe, darin waren sich die Jungpolitiker, die sich zur Gründung im Jugendhaus Dornach eingefunden hatten, einig. Engagiert diskutierten sie über verschiedene regionale und kantonale Angelegenheiten.

Bessere öV-Verbindungen

Sie fordern einen Ausbau der öV-Verbindungen und mehr Informationsveranstaltungen für Jugendliche vor Abstimmungen. Die Jungen seien häufig nicht oder nur unzureichend über die Vorlagen informiert und gingen daher selten zur Urne, bemerkten einige Stimmen. Für Diskussionsstoff sorgte auch die mangelnde Präsenz des Schwarzbubenlandes in den lokalen Medien. Die Region falle häufig zwi-

schon Stuhl und Bank, da sie sowohl von Solothurn als auch von den beiden Basel als Randregion betrachtet werde.

Anwesend waren auch die beiden Kantonsräte Daniel Urech (Grüne, Dornach) und Simon Esslinger (SP, Seewen). In ihren Ansprachen lobten sie das politische Engagement der Jugendlichen und ermutigten sie, sich in die Parteien einzubringen. Organisator Glenn Steiger ist politisch sehr aktiv und vertritt unlängst die Schweizer Ju-

gendlichen an einem Kongress des Europäischen Parlamentes in Strassburg (die bz berichtete).

Zur Idee eines Jugendparlamentes im Schwarzbubenland sagt er: «Ich hatte den Eindruck, dass sich zwar viele Jugendliche in der Region für Politik interessieren, ihre Anliegen aber selten in den politischen Institutionen vorbringen können. Mit dem Jugendparlament wollte ich eine Plattform schaffen, die genau dies ermöglichen soll.» Steiger

versandte im Frühjahr über 5000 Briefe an Schwarzbuben im Alter zwischen 12 und 25 Jahre und lud sie zur Gründungsversammlung ein.

Kantonsräte geloben Gehör

Dass gerade mal ein Dutzend den Weg nach Dornach fanden, störe ihn nicht, im Gegenteil: «In einer kleinen Gruppe kann man besser diskutieren und seine Anliegen vorbringen.» Ausserdem habe er nicht damit gerechnet,

das Projekt Jugendparlament tatsächlich verwirklichen zu können, sagt Steiger. «Anfangs war ich schon etwas skeptisch, ob es klappt und ob überhaupt Leute kommen werden.»

Steiger hofft, dass er und seine Mitstreiter von den Politikern ernst genommen werden. Zwei Unterstützer haben sie: Die Kantonsräte Urech und Esslinger gelobten, auf die Stimme der Jugendlichen zu hören. Sie seien «die Zukunft unserer Demokratie».



Auf Initiative des 17-jährigen Gymnasiasten Glenn Steiger aus Bättwil (Dritter von links) trafen sich rund ein Dutzend Jugendliche aus dem Dorneck-Thierstein beim Jugendhaus Dornach zur Gründungsversammlung des Jugendparlaments Schwarzbubenland.

MELISSA MÜLLER

GASTKOMMENTAR zur Ecopop-Initiative

Von den andern verlangen, was man selbst nicht tut: Nein zur unredlichen Ecopop-Initiative

Die Gegnerschaft der Ecopop-Initiative ist gross, vertritt das politische Spektrum von rechts bis links-grün und verurteilt die Initiative aus wirtschaftlicher Seite eindeutig. Trotzdem kommen die vielen stichhaltigen Argumente nicht überall an. Das musste ich in Gesprächen in den letzten Wochen immer wieder feststellen. Stattdessen scheinen sich Wachstumskritik und ein gewisser Fatalismus breitzumachen. Viele Menschen fragen sich, ob es immer so weiter gehen kann mit der Überbauung unseres Landes, mit dem zunehmenden Stress, den immer höheren Löhnen in den Chefetagen einerseits und dem Kampf um billige Arbeitskräfte ander-



Maya Graf

ist seit 2001 Nationalrätin für die Grünen und war unter anderem Fraktionspräsidentin ihrer Partei in der Bundesversammlung sowie Nationalratspräsidentin. Sie wohnt mit ihrer Familie in Sissach, wo sie den familieneigenen Biobauernhof bewirtschaftet. Sie setzte sich unter anderem für die Volksinitiative gegen Gentechnik in Lebensmitteln 2005 ein.

ich enttäuscht. Es gab wie immer nur eine Antwort: Wir brauchen mehr Wachstum und mehr Wettbewerb. Nicht ein einziges Mal fiel das Wort Raumplanung, flankierende Massnahmen, gerechte Löhne, eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Seit das Volk den EWR-Vertrag 1992 ablehnte, wurde nicht mehr gefragt, wie wir wachsen wollen. Nie erwähnt, dass Wirtschaftswachstum kein Selbstzweck, sondern vielmehr ein Mittel zu mehr Lebensqualität für alle ist. Also nichts gelernt aus der Abstimmung zur Masseneinwanderung? Das wäre fatal. Denn der Souverän könnte wieder versucht sein, mit der Ecopop-Initiative ein Zeichen zu setzen... Mit viel weitreichenderen Folgen für die Schweiz, als dies schon heute der Fall ist.

Die Ecopop-Initiative ist zutiefst unredlich. Sie gibt vor, Umweltprobleme zu lösen, schlägt aber keine einzige Massnahme vor. Für alle Umwelt- und Entwicklungsprobleme sind «die anderen» und «die Fremden» verantwortlich, weil diese zu viele sind. Die Initianten, darunter Professoren und gut situierte Naturfreunde, haben bewusst die Auseinandersetzung über das bisherige Wachstum ausgeklammert. Sie wollen nicht in der Schweiz selbst die Diskussion führen über eine grüne, ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft oder eine konsequente Umsetzung des Raumplanungsgesetzes. Sie wollen nicht über ihren eigenen Pro-Kopf Verbrauch an Ressourcen reden, der das Dreifache aus-

macht, was unsere Erde verträgt. Nein, die Ecopop-Leute wollen die noch vorhandenen Ressourcen nicht mit anderen Menschen teilen. Entwicklungshilfe reduzieren sie auf Verhütung: Damit nicht noch mehr Menschen auf die Welt kommen, die denselben Wohlstand wollen wie wir. Diese Initiative zeichnet ein so eigennütziges und menschenverachtendes Weltbild, dass es erschreckend ist, wie viele damit liebäugeln. Daher ist es verheerend, wenn sich unsere Wirtschaft zusammen mit

«Die Ecopop-Leute wollen die noch vorhandenen Ressourcen nicht mit anderen teilen.»

der Politik nicht unverzüglich für eine menschenwürdige, nachhaltige Wirtschaftspolitik einsetzt. Damit die Schweiz ein offenes, freies, demokratisches Land mit Perspektiven für unsere Jugend bleibt. Denn eine gerechte Verteilung der Ressourcen, unsere Freiheit und unsere Demokratie sind kein Exklusivrecht. Teilen wir diese nicht mit anderen, gehen sie auch für uns sehr schnell verloren.

Prämienverbilligung

Die Solothurner entscheiden selbst

Das Solothurner Volk wird in einer Referendumsabstimmung über die vom Kantonsrat beschlossene Kürzung der Prämienverbilligung um 7 Millionen Franken entscheiden. Die SP Kanton Solothurn hat nach eigenen Angaben die notwendigen 1500 Unterschriften für das Referendum gesammelt. Die Initianten wollen die Listen am 12. Dezember bei der Staatskanzlei einreichen.

Die Änderung des Sozialgesetzes war vom Solothurner Kantonsrat Anfang September mit 72 zu 24 Stimmen beschlossen worden. Um im Kanton Solothurn von einer Prämienverbilligung profitieren zu können, darf das Einkommen künftig nicht höher als 60 000 Franken liegen. Zuvor lag die Obergrenze bei 84 000 Franken.

Etat beträgt 128 Millionen

Damit würde der Kanton Solothurn unter das schweizerische Mittel fallen. Im kommenden Jahr stehen insgesamt 128 Millionen Franken für die Prämienverbilligung zur Verfügung, wovon 53 Millionen Franken aus der Solothurner Staatskasse stammen. Rund 62 000 Solothurner erhalten derzeit eine Prämienverbilligung.

Die Prämienverbilligung stelle für Familien mit Kindern einen wichtigen existenziellen Pfeiler dar, wie die SP festhält. In den vergangenen Jahren seien im Kanton die Vermögenssteuersätze gesenkt und damit wohlhabendere Kreise massiv entlastet worden. Es gehe nicht an, dass der Mittelstand die Zeche bezahle und die verfehlte Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien ausbaden müsse. (SDA)

«Die Wirtschaftsführer kennen nur eine Antwort: mehr Wachstum.»

seits und den staatlichen (Steuer-)Wettbewerben um Standortbedingungen für neue Unternehmen, die dann neue Arbeitskräfte ins Land holen.

Hat unsere Wirtschaft Antworten auf diese Sorgen? An einem Podium von Wirtschaftsführern unserer Region war